

Das Volk denkt oft anders : Heimatschutz und Politik im Spiegel der Urne

Autor(en): **Badilatti, Marco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **92 (1997)**

Heft 1

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-175760>

Nutzungsbedingungen

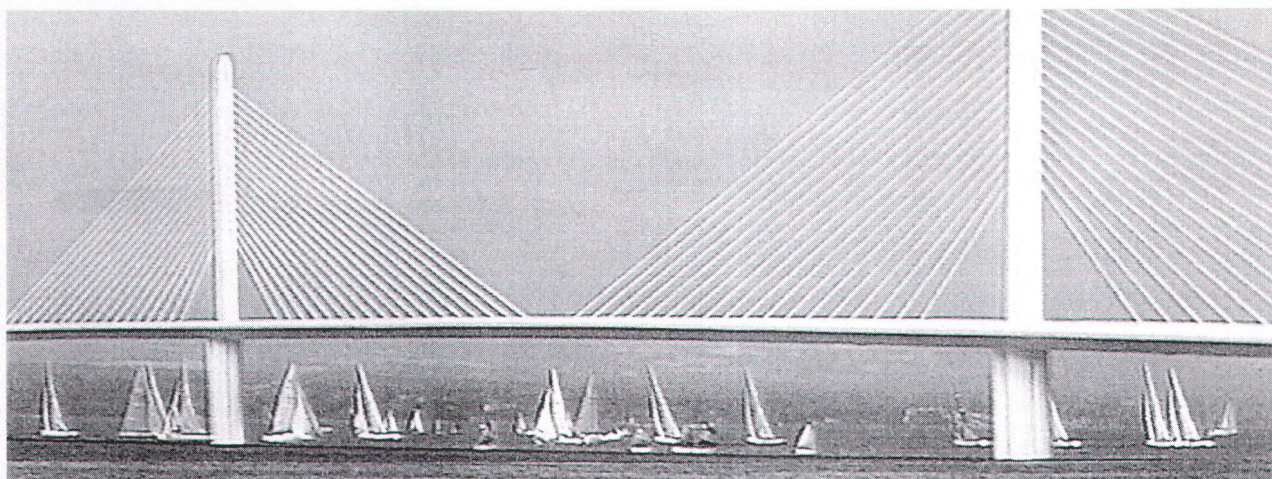
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Les Genevois ont refusé massivement le projet de traversée de la rade que leur proposaient leurs autorités (photomontage).

Vom behördlichen Traum einer Brücke über den unteren Léman wollten die Genfer nichts wissen.

La protection du patrimoine et la politique face au verdict des urnes

La population voit souvent les choses autrement

par Marco Badilatti, journaliste, Zumikon (résumé)

En ces temps de récession économique, les politiciens ont tendance à reléguer les questions de protection du patrimoine à l'arrière-plan. Cependant, les résultats de plusieurs votations récentes montrent que les citoyennes et citoyens ne suivent pas forcément cet avis et font preuve d'une remarquable faculté de discernement.

Durant les années de haute conjoncture, la protection du patrimoine et de l'environnement figurait au premier rang des préoccupations des Suisses. La sécurité de l'emploi est devenue aujourd'hui leur souci numéro un. Nombre de responsables politiques tirent de cet état de fait des conclusions hâtives et se lancent dans des programmes de déréglementation ou des projets d'investissement de haut vol. Ils peuvent être surpris par le verdict des urnes. La population fixe elle-même ses priorités. Des déceptions surviennent également dans le camp des «protecteurs» qui placent la mise trop haut.

Le 9 juin 1996, le peuple genevois a ainsi refusé à une forte majorité le gigantesque projet de traversée de la rade, que ce soit par un pont ou par

un tunnel. Cette débâcle s'explique non seulement par la démesure de l'effort financier qui aurait été nécessaire, mais également par le souci de sauvegarder le site de la rade.

Le 22 septembre 1996, les Zurichois ont largement refusé le démantèlement du fonds, créé en 1974, pour assurer le financement des tâches cantonales de protection de la nature et du paysage.

Le 1er décembre 1996 en revanche, les Saint-Gallois ont accepté la révision partielle de la loi cantonale sur les constructions, visant notamment à simplifier la procédure d'autorisation de construire. Le référendum pour «plus de démocratie et un plus grand respect de la nature dans la loi sur les constructions» n'a pas suscité un en-

thousiasme suffisant pour passer la rampe.

Ces résultats montrent qu'un électorat assez nombreux est sensible à la protection du patrimoine et souhaite que les milieux politiques en tiennent compte. Malgré la précarité des finances publiques, la population n'est pas prête à faire des économies au détriment de la protection de la nature, du paysage ou du patrimoine. De plus, elle n'est pas prête à se lancer dans de grandes aventures financières dont l'issue est hasardeuse. Enfin, elle a tendance à approuver les projets concrets et réalisables reflétant un souci de compromis. En bref, pour elle, il ne faut pas acheter chat en poche.

Das Volk denkt oft anders

von Marco Badilatti, Publizist, Zumikon

In wirtschaftlich härteren Zeiten neigen viele Politiker dazu, heimat-schützerische Anliegen zu vernachlässigen. Urnengänge der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass der Stimmbürger ihnen dabei nicht immer folgt. Oft verrät er dabei ein bemerkenswertes Differenzierungsvermögen.

Während der Hochkonjunkturjahre belegten der Heimat- und Umweltschutz regelmässig den obersten Rang in der Prioritätenliste der Schweizer. Heute plagen den Durchschnittsbürger andere Sorgen und steht für ihn die Sicherung des Arbeitsplatzes im Vordergrund. Daraus ziehen manche Politiker voreilige Schlüsse und werkeln dann entweder eifrig an Deregulierungs- und Abbauforderungen oder aber an hochfliegenden Investitions- und Krisenprogrammen. Treten sie dann damit im Brustton der Überzeugung vor das Volk, sind sie erstaunt, dass dieses die Prioritäten mitunter anders setzt und anders entscheidet. Drei Beispiele sollen das erhellen:

Gegen Gigantismus

Nach einem jahrelangen, teilweise erbitterten Seilziehen sind die Genfer Stimmbürger(innen) der auch von der Société d'art public, einer Sektion des Schweizer Heimatschutzes, herausgegebenen Parole gefolgt: am 9. Juni 1996 schickten sie bei einer Stimmbeteiligung von gut 60 Prozent das von der Regierung vorgeschlagene Projekt für eine Brücke über das untere Seebecken (Rade) mit 86 937 gegen 35 414 Stimmen wuchtig in die Wüste. Fast ebenso deutlich lehnten sie die alternative Tunnellösung ab, wel-

che das linke und rechte Seeufer unter dem See hätte verbinden sollen. Nur gerade 38 350 Urnengänger konnten sich für diese «umweltfreundlichere» Variante erwärmen, 84 274 wollten sie ebenfalls nicht und zogen den unbefriedigenden Ist-Zustand einem finanziellen und städtebaulichen Abenteuer mit unabsehbaren Folgen vor.

Das Vorhaben ging zurück auf eine 1985 lancierte und 1988 angenommene Volksinitiative, die zur Verkehrs-entlastung des Stadtzentrums eine Strassen-Überquerung der untersten Seebucht verlangt. Schliesslich setzte sich die Überzeugung durch, dass eine noch weiter vom Stadtkern entfernte Verbindung beim sogenannten Petit Lac die Verkehrsprobleme besser lösen würde. Schliesslich einigte sich die Regierung darauf, den Stimmbürger entscheiden zu lassen, ob er den See lieber über eine weitgeschwungene Schrägseilbrücke, überqueren oder unter Wasser in einem Tunnel unterqueren möchte. Die vom Staatsrat bevorzugte Brücke wurde mit 430 Millionen Franken veranschlagt, der Tunnel mit 490 Millionen. Hinzu gekommen wären noch 250 Millionen Franken für Anschluss-Strassen, und finanzieren wollte man das Monsterprojekt über höhere Fahrzeugsteuern und Strassenzölle.

Aber es kam anders, weshalb die Au-

tofahrer auch in Zukunft die arg überlastete Mont-Blanc-Brücke benutzen müssen, um von einem Seeufer zum andern zu gelangen. Obwohl parteipolitische Gründe (Abrechnungen zwischen der bürgerlichen Entente und der rot-grünen Allianz sowie zwischen Stadt und Kanton) und die Angst vor den Kosten massgeblich zum Debakel beigetragen haben dürften, scheinen die heimat-schützerischen Bedenken ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Schon früh und während des Abstimmungskampfes immer stärker wurde nämlich auch vor den landschaftlichen und städtebaulichen Auswirkungen der Projekte gewarnt. Denn sehr viele Genfer befürchteten, dass die geplante Brücke die vertrauten Silhouetten stadt- und seewärts empfindlich beeinträchtigen könnte.

Schutzfonds aufgestockt

Bereits 1963 und 1974 hatte das Zürcher Stimmvolk gesetzliche Grundlagen befürwortet, um die Natur- und Heimatschutzaufgaben des Kantons zu finanzieren. Sie schlugen sich nieder in einem Fonds, dem seit 1974 jährlich 10 bis 20 Millionen Franken zugewiesen werden und aus dem die für ein breites Spektrum von Schutz- und Pflegemassnahmen, aber auch für den Kauf von Kulturgütern, die Anlage

von Erholungsgebieten und für Entschädigungen bei Enteignungen nötigen Mittel entnommen werden. Als dann der Kanton zusehends in einen finanziellen Engpass geriet, wurde der Fonds angezapft, um damit auch die ihm seither vom Gesetzgeber zusätzlich überbürdeten Aufgaben zu berappen, so Direktzahlungen an Bauern für landschaftspflegerische Arbeiten oder für den Erwerb von schützenswerten (und teuren!) Liegenschaften.

Deshalb verschuldete sich der Fonds ab 1992 immer stärker, bis im Frühjahr 1996 auf einen Fehlbetrag von 43 Millionen Franken. Da befürchtet werden musste, dass der Fonds unter diesen Umständen weder weiterhin seinen gesetzlichen Aufgaben gerecht noch gründlich saniert werden konnte, beantragten Regierung und Kantonsrat, ihm fortan jährlich 20 bis 30 (statt wie bisher 10 bis 20) Millionen Franken zuzuweisen. Zudem sollte das Kantonsparlament jeweils in eigener Kompetenz jährlich weitere 10 Millionen für die Schuldentilgung freigeben können.

Diesem Ansinnen erwuchs vor allem von bürgerlicher Seite Opposition, so dass die Vorlage im Parlament nur knapp mit 82 Ja- gegen 74 Nein-Stimmen durchging. In der Abstimmungskampagne führten die Gegner vor allem finanzpolitische Bedenken ins Feld und mahnten zu einem haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Geldern. Allerdings vermochten sie dem Souverän keine Alternativen dafür vorzulegen, wie der Heimat- und Naturschutz im Falle einer Ablehnung der Fondssanierung fortan hätte finanziert werden sollen. Der Mehrheit der Urnengänger erschien diese Perspektive deshalb zu ungewiss. Mit 110 914 gegen 83 284 Stimmen sprachen sie sich am 22. September 1996 gegen eine Demontage in diesem Bereich aus und unterstützten die Fonds-Aufstockung.

Vereinfachungen befürwortet

Keinen Erfolg hatte hingegen am 1. Dezember 1996 in St. Gallen ein Referendumskomitee aus links-grünen Parteien und Umweltorganisationen, worunter der Heimatschutz St. Gallen/Apenzell-Innerrhoden. Denn mit 67 647 Ja gegen 39 226 Nein haben dort

die Stimmberechtigten eine Teilrevision des kantonalen Baugesetzes gutgeheissen. Diese zielt darauf ab, angesichts der knappen Bodenreserven das verdichtete Bauen zu fördern und dabei die Bewilligungsverfahren zu vereinfachen, zu beschleunigen und auch flexibler zu gestalten. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Dessen Initianten forderten «mehr Natur und Demokratie im Baugesetz» und kündigten ausserdem vor dem Urnengang an, einzelne Bestimmungen der Revision beim Bundesgericht anzufechten, da diese ihrer Ansicht nach gegen das Bundesgesetz über die Raumplanung verstiesse. Auch wurde den bürgerlichen Politikern vorgeworfen, den ersten fundierten Entwurf des Stadtrates immer mehr verwässert und daraus für die Kulturräumhaltung und qualitätsvolle Bauverdichtung wichtige Anliegen gestrichen zu haben.

Wenn sich der Souverän weder vom Referendum noch vom angedrohten Gang nach Lausanne beeinflussen liess und sich grossmehrheitlich hinter die Gesetzesrevision stellte, dann nach übereinstimmender Auffassung der politischen Beobachter vor allem aus zwei Gründen: Erstens stützte er damit die bürgerliche Ansicht, wonach die Vorlage ein Kompromisswerk sei, dessen Vorzüge vor allem beim behinderten- und betagtengerechten Bauen nicht preisgegeben werden sollten. Zweitens dürften auch wirtschaftspolitische Überlegungen mitgespielt haben. Denn angesichts des Krebsganges der Wirtschaft im allgemeinen und der Baubranche im besonderen, erschien eine Ablehnung der vorgeschlagenen Deregulierungs- und Flexibilisierungs-

massnahmen für viele Stimmbürger offensichtlich zu weit zu gehen.

Ein paar Lehren

Analysiert man die drei Urnengänge auch nur grob, lassen sich daraus etwa folgende Schlüsse ziehen: Ein erstaunlich hoher Anteil der Bevölkerung ist heute gegenüber heimatschützerischen Anliegen sensibilisiert und erwartet, dass diese in der Politik angemessen berücksichtigt werden. Trotz der angespannten Finanzlage der öffentlichen Hand und den Unkenrufen gewisser Parteien und Behördenmitglieder scheinen die Stimmbürger auch nicht blindlings bereit zu sein, Geld und Sparargumente gegen solche des Schutzes und der Pflege unseres Lebensraumes und unserer Kulturgüter ausspielen zu lassen. Aber ebenso wenig wünschen sie überrissene Projekte oder Forderungen, von deren Nutzen für die Allgemeinheit sie nicht überzeugt sind und deren Finanzierung ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang erwarten lässt. Um so chancenreicher sind klar durchschaubare und pragmatische Lösungsansätze – wobei die Erfolgsaussichten um so grösser sind, je konkreter, verständlicher und leichter umsetzbar die Aufgabe anmutet. Projekte und Anliegen hingegen, die hohe Ansprüche an das Abstraktionsvermögen und die Fachkenntnisse der Urnengänger stellen, wie etwa im Falle von St. Gallen, oder die verschwommene Ziele verfolgen und daher einen hohen Erklärungsbedarf nach sich ziehen, haben es erheblich schwerer, verstanden und angenommen zu werden.



*In St. Gallen gab der Souverän grünes Licht zur weiteren Bauverdichtung.
(Bild Stähli)*

A St-Gall, le souverain a donné son feu vert à la densification.